



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanklagen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

**Inhalt:** Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Eine Gauborsteher-Konferenz. — Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands. — Die letzte Gauleiter-Konferenz und ihre Wirkung auf einen Teil der Mitglieder der Zahlstelle Berlin. — Die Arbeiter-Sekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1910. — Korrespondenzen (Halle a. S., Magdeburg). — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften.

**Beilage:** Die Zahlstelle Berlin im Jahre 1910. — Korrespondenzen (Bahrenth, Berlin, Breslau, Cöthen i. Anhalt, Stuttgart).

Für die Woche vom 9. Juli bis 15. Juli ist die Beitragsmarke in das mit 28 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Nachdem noch immer eine Anzahl Zahlstellen die statistischen Karten für das verflossene Quartal nicht eingekandt haben, ersuchen wir dringend, das Veräumte umgehend nachzuholen.

Zur Beantwortung der Fragen machen wir auf die Mitteilungen im Rundschreiben Nr. 6 vom 30. April 1911 aufmerksam und erwarten pünktliche Einsendung der Karten.

### Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

## Eine Gauborsteher-Konferenz

des Verbandes Deutscher Buchdrucker ist am Montag, den 3. Juli, in Berlin zusammengetreten, um zu den jüngsten Berliner Vorgängen Stellung zu nehmen. Nach 1½ tagiger eingehender Beratung, über die wir noch ausführlicher in nächster Nummer berichten werden, fand nachstehende Resolution Annahme:

„Die Gauborsteher-Konferenz bringt nach eingehender Erörterung des Kontraktbruchs der Rotationsmaschinenweiser der Firma Scherl und der damit zusammenhängenden Vorkommnisse einmütig zum Ausdruck, daß der Beschluß des Tarifamtes in betreff der Vertrauensmänner genannter Firma nach der gepflogenen Aussprache als völlig verständlich anzusehen ist und seine Begründung in den wiederholten tariflichen Verstößen findet.

Weiter verurteilt die Konferenz die wiederholten Tarif- und Disziplinbrüche in Berlin, die nicht allein die Tarifgemeinschaft, sondern auch die Organisation als Vertragskontrahent aufs tiefste zu schädigen geeignet sind und die weitere Entwicklung auf diesem Gebiete gefährden müssen, auf das schärfste. Die Konferenz fordert demgemäß alle Mit-

glieder auf, im Interesse der Einheit der Organisation sich den Bestimmungen des Statuts und den Beschlüssen der Generalversammlungen auf das strikteste zu unterstellen und beauftragt den Verbandsvorstand, gegen Disziplinbrüche mit den im Statut gegebenen Mitteln energisch vorzugehen.

Die Solidaritätserklärung der Vertrauensmänner und Personale mit den kontraktbrüchigen Maschinenweiser kann die Konferenz nur als ein vollständiges Verleugern der tatsächlichen Verhältnisse sowie der Vertragstreue und der Verbands-Disziplin bezeichnen.

Die Gauborsteher erklären ihren festen Willen, an den bewährten Grundfäden der Organisation und der Tarifgemeinschaft festzuhalten, selbst dann, wenn die zurzeit in Berlin vorhandene Strömung diesen Vobden verlassen sollte.

Die das Ansehen der Organisation aufs schwerste schädigenden Vorkommnisse in der Berliner Vereinsversammlung vom 21. Juni 1911, sowie das Anrufen außenstehender Kreise in internen Organisationsangelegenheiten verurteilt die Konferenz auf das entschiedenste und erklärt sich mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes sowie mit der Haltung des „Korrespondent“ einverstanden.

Die Konferenz erblickt in der ungebührlichen Art, in der einige sozialdemokratische Parteiorgane das Urteil des Tarifamtes wie die Stellungnahme des Verbands-Vorstandes glossiert, einen neuen Beweis für die abfällige Beurteilung, deren sich die Buchdrucker in ihren Handlungen seit Jahren von dieser Seite zu erfreuen haben; sie bringt zum Ausdruck, daß eine solche Einmischung in interne Organisationsfragen nicht im Interesse der Arbeiterschaft liegt, und deshalb auch von den Buchdruckern zurückgewiesen werden muß.“

## Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

Am 26. Juni wurde im „Livol“ zu Dresden der achte Gewerkschaftskongress vom Vorsitzenden der Generalkommission, C. Legien, eröffnet. Anwesend waren 388 Delegierte, die insgesamt 2 276 395 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertraten. Dresden war als Tagungsort dieses Kongresses ursprünglich deshalb ausersuchen worden, weil dort in diesem Jahre die Internationale Hygiene-Ausstellung veranstaltet wurde. Es wäre damit nicht allein den Teilnehmern am Kongresse die Möglichkeit gegeben worden, bequem die Ausstellung zu be-

sichtigen, sondern die Tagung hätte mit ihren, den Arbeiterschutz betreffenden Referaten und Verhandlungen zur Vervollständigung der geplanten gewerkschaftlichen Ausstellung beigetragen. Diese gute Absicht hat die sächsische Regierung auf Betreiben der Scharfmacher im sächsischen Unternehmerlager zu Hintertreiben verstanden. Bekanntlich wurden die Gewerkschaften von der Ausstellungsleitung erfucht, sich an der Ausstellung zu beteiligen, was von diesen zugesagt wurde. Es sind zu diesem Zwecke auch bereits die gründlichsten Vorbereitungen getroffen worden. Die schon ziemlich weit vorgeschrittenen Verhandlungen der Generalkommission mit dem Ausstellungsamt zerschlugen sich schließlich, als der Generalkommission Bedingungen gestellt wurden, die diese mit Rücksicht auf den Zweck der Ausstellung und in Wahrung der Ehre und des Ansehens der Gewerkschaften zurückweisen mußte. Hat nun auch die sächsische Regierung ihren Zweck erreicht, die Arbeiterorganisationen von der Mitwirkung an der Ausstellung auszuschalten, so liegen es sich die Gewerkschaften doch nicht nehmen, ihre diesjährige Heereschau in Dresden abzuhalten. Und der Kongress hat über Sozialpolitik, Hygiene und Volkswohl eine sehr deutliche Sprache geredet.

Zum ersten Male hat im industriellen Sachsen ein deutscher Gewerkschaftskongress getagt, in jenem Teile des Deutschen Reiches, in dem die Arbeiterschaft trotz aller Versuche eines erzkonservativen Unternehmertums mit Hilfe einer willkürlichen Regierung, jede zentralistische Organisation zu verhindern, von jeher an ihren Zentralorganisationen festgehalten hat und alle Bemühungen der Scharfmacher zu Schanden machte. Und es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß es gerade in Dresden möglich war, die Tatsache zu konstatieren, daß nunmehr die zweite Million freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter nicht allein erreicht, sondern schon weit überschritten ist.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl des Jahres 1910 betrug 2 017 013, die Mitgliederzahl am Jahreschlusse war bereits auf 2 128 021 gestiegen. Heute zählen unsere Gewerkschaften, wie wir einleitend bemerkten, schon mehr als 2 1/2 Millionen Mitglieder. Die Zunahme von 174 346 im Jahresdurchschnitt und 235 453 von Ende 1909 bis Ende 1910 läßt darauf schließen, daß in den folgenden Jahren der aufsteigenden Konjunktur weitere bedeutende Mitgliederzunahmen zu erwarten sind, sodaß in wenigen Jahren auch die dritte Mitgliedermillion erreicht sein dürfte.

Noch weit günstiger als die Mitgliederzahlen haben sich die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften gestaltet. Die Einnahmen sind von 50 529 114 Mk. in 1909 gestiegen auf 64 372 176 Mk. in 1910, die Vermögensbestände von 43 480 932 Mk. auf 52 575 505 Mk. Das entspricht einer Zunahme der Mitgliederzahl um 9,5 Proz., der Einnahme um 27,4 Proz. und der Vermögensbestände um 20,9 Proz. Auch darin bekundet sich die wachsende Aktionskraft und Schlagfertigkeit unserer Gewerkschaften, die weitere Erfolge auf

dem Gebiete der Lohnkämpfe wie auf dem der friedlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse erwarten läßt.

In seiner Begrüßungsansprache hob denn auch Legien diese enormen Fortschritte der freien Gewerkschaften seit dem Kongresse vor drei Jahren in Hamburg hervor, warnte aber auch gleichzeitig vor einer Uebererschätzung unserer gemeinsamen Macht, da die Organisationen der Unternehmer ebenfalls so stark gewachsen sind und infolgedessen mehr und mehr von ihrer früheren Abwehrtautik abgewichen und zur Angriffstaktik übergegangen sind. Auch die Festsetzung des Ablauftermins der Tarifverträge für viele Gewerbe auf einen einheitlichen Zeitpunkt sei eine Maßnahme, die auf eine Erstärkung der Finanzkraft der Arbeiterorganisationen hinauslaufe. Das Kampfsjahr 1910, in welchem allein 4110 Streiks und Ausperrungen mit 348 000 Beteiligten und 18 460 000 M. Ausgaben zu verzeichnen waren, lasse darauf schließen, daß wir sehr schweren Kämpfen entgegengehen, die alles in den Schatten stellen werden, was wir bisher erlebt haben. Der Glaube an eine Verminderung oder Abschwächung der Kämpfe durch die Sozialgesetzgebung sei ein irriger; das Gegenteil lehre die Erfahrung. Die Reichsversicherungsordnung und das Zustandekommen der Hygieneausstellung habe gezeigt, daß die Staatsverwaltungen in der Regel die Wünsche der Arbeiter nur deshalb anhören, um nachher in den Gesetzen das Gegenteil niederzulegen. Die Staatssekretäre fühlen und handeln, als wären sie Angestellte des Unternehmertums. Gerade das indirekte Ausschalten der freien Gewerkschaften von einer Beteiligung an der Internationalen Hygieneausstellung sei ein untrüglicher Beweis für den ungeheuren Einfluß des Unternehmertums. Darum müsse der diesjährige Gewerkschaftskongreß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der deutschen Arbeitererschaft fördern und kräftigen, damit es endlich soweit kommt, daß die Staatsgewalt nicht mehr nur Unternehmerinteressen dient, sondern auch jenen der Arbeitererschaft Rechnung tragen muß.

Diese Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In die Kongreßleitung wurden Legien, Schilde und Leipart als Vorsitzende gewählt, wobei auf Wunsch des früheren langjährigen, jetzt leidenden Kongreßvorsitzenden Bömelburg von dessen Wahl Abstand genommen wurde.

Den Rechenschaftsbericht der Generalkommission erstattete sodann Legien, aus dem wir nachstehendes kurz hervorheben wollen: Die Generalkommission lehnt es ab, durch Anstellung von Gewerkschaftsbeamten mit den christlichen Gewerkschaften konkurrieren zu wollen. Unsere Bewegung habe so viel innere Kraft, daß die Arbeiter ohne umfangreiche Beamtenanstellung zu uns kommen. Die Erfahrungen mit den Gewerkschaftshäusern mahnen zu großer Vorsicht, damit nicht durch allzugroße Belastung die Arbeiter eines einzelnen Ortes der Sache überdrüssig werden. Die bisherige Art der Unterrichtskurse sowie die Lehrerbefugung der Gewerkschaftsschule soll beibehalten werden. Eine Vereinigung der Gewerkschafts- und Parteischule sei nicht empfehlenswert, dazu sei der Charakter beider Schulen zu verschieden. Die Heranziehung der Lehrkräfte für die Gewerkschaftsschule soll nur nach deren wissenschaftlicher und beruflicher Fähigkeit und nicht nach parteipolitischen Grundsätzen erfolgen. Das Gebiet der Statistik habe zu mancher Berührung mit den Staatsbehörden geführt. Doch sei die amtliche Statistik wenig geeignet, die Mitarbeit der Generalkommission zu erleichtern. Sie sei tendenziös. Das habe selbst der frühere Leiter des Statistischen Reichsamts, Geheimrat Wilhelm, zugegeben, indem er einmal zu Legien sagte: „Wir wissen, daß wir in der Streikstatistik Falsches veröffentlichen.“ Die Tendenzen der Zuchthausvorlage werden hauptsächlich in der Streikstatistik verfolgt. Eingehend besprach der Redner die Differenzen mit einzelnen Parteischriststellern und bezeichnete das Zusammenarbeiten der Generalkommission mit dem Vorstände der sozialdemokratischen Partei als ein besseres, auch auf jenen Gebieten, wo früher Meinungsverschiedenheiten bestanden hätten. Dar-

aus könne jedoch nicht das Recht abgeleitet werden, zu sagen, die freien Gewerkschaften seien sozialdemokratische Gewerkschaften geworden. Beide Richtungen haben getrennte Aufgaben zu erfüllen, rekrutieren sich jedoch aus denselben Bevölkerungsschichten und müssen daher ein gutes Stück miteinander gehen. Selbst wenn keine gesetzlichen Vorschriften vorhanden gewesen wären, würde sich doch eine Trennung der Arbeiterbewegung in politische Partei und Gewerkschaften nötig gemacht haben. In scharfer Weise wandte sich Legien gegen unverantwortliche Parteischriststeller, die mit ihren weltfremden Theorien die Arbeiterbewegung zu beglücken versuchen, sie aber nur gegen ihre Führer verkehren. In der Mitarbeiterfrage wünschte er debattelose Sanktion der zwischen Generalkommission und Parteivorstand getroffenen Vereinbarung.

In der sich an den Geschäftsbericht anschließenden Diskussion wurden verschiedene Anträge bezüglich der Gewerkschaftsschule und der Mitarbeiter zurückgezogen, teils auch nicht genügend unterstützt, sodaß sie von der Beratung ausfielen; darunter auch jener Antrag, der die Mitarbeitererschaft Calvers am „Korrespondenzblatt“ verurteilt wissen wollte. Ferner wurde über einen Antrag auf Förderung der Arbeiterjugendbewegung zur Tagesordnung übergegangen und schließlich der Generalkommission Entlastung erteilt. In sechs Resolutionen, die wir in einer der nächsten Nummern wiedergeben werden, lagen Vereinbarungen mit dem Zentralverbande Deutscher Konsumvereine vor. Sie umfassen für die Genossenschaften die Behandlung der Heimarbeit, der Strafanstaltszeugnisse, die Anerkennung der Gewerkschaften, ihrer Tarife und gewerkschaftlichen Arbeitsbedingungen bei Lieferungsaustragen und Vergütung von Arbeitern. In der vierten Resolution werden die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder festgelegt, in der fünften besondere Hoffotografen beantwortet und in der sechsten die Stellungnahme zur Neugründung von industriellen Arbeitsgenossenschaften oder sogenannten Produktivgenossenschaften vereinbart. Der Referent Bauer (Berlin) erläuterte die Beweggründe für die einzelnen Resolutionen und erreichte deren einstimmige Annahme.

Der zweite Verhandlungstag begann mit der Beratung des zweiten Punktes der Tagesordnung: „Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungsstelle“. Dieser Punkt umfaßt ein sehr wichtiges Projekt der Volksversicherung und soll dazu dienen, in Gemeinschaft mit den Genossenschaften der ungeschützten Ausbeutung der Arbeiter durch Privatversicherungsgesellschaften ein Ende zu bereiten. Es wurde dazu folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalkommission wird beauftragt, gemeinsam mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine eine gewerkschaftlich-genossenschaftliche Unterstützungsvereinigung ins Leben zu rufen. Aufgabe der Vereinigung soll sein, den Mitgliedern der Gewerkschaften und Genossenschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kinderverforgung usw. zu gewähren. Die zur Durchführung dieses Auftrags mit dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine zu treffenden Vereinbarungen und das Statut der Unterstützungsvereinigung bedürfen der Genehmigung der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.“

Der dritte Punkt der Tagesordnung: „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Borentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch“, wurde wegen Verhinderung des Referenten vorläufig zurückgestellt, worauf zum nächsten Punkte: „Heimarbeiterschutz und Hausarbeitsgesetz“, Reichmann aus Bremen ein vorzügliches Referat hielt. Er schilderte besonders die traurige Lage der sächsischen Heimarbeiter und wies nach, daß die amtlichen Angaben über diese Industrie nicht der Wahrheit entsprechen. Die Diskussion hierüber war sehr lebhaft und ergab fast einstimmige Annahme der vom Referenten vorgeschlagenen Resolution. Das Referat zum fünften Punkt der Tagesordnung „Arbeiterschutz und Arbeiterver-

sicherung“ erstattete Robert Schmidt in großzügiger Weise. Er entrollte ein deutliches Bild des Wachstums der Großindustrie und ihres Einflusses auf Gesetzgebung und Regierung mit den sich daraus ergebenden Nachteilen für die Arbeitererschaft. Die Diskussion darüber füllte den Rest des zweiten Verhandlungstags und bot im Zusammenhang mit den schon behandelten Fragen einen tiefen Einblick in die Bedeutung und große Fülle der gewerkschaftlichen Aufgaben der Gegenwart. (Fortsetzung folgt.)

## Die letzte Gauleiter-Konferenz und ihre Wirkung auf einen Teil der Mitglieder der Bahnhalle Berlin.

Wie sehr lokale Vorkommnisse die Wirkung auslösen können, die Höhe des zentralistischen Gedankens innerhalb der Arbeitererschaft zu studieren, zeigte sich wieder so recht klar in der Beurteilung der Beschlüsse der letzten Gauleiterkonferenz unseres Verbandes in der Mitgliederversammlung der Bahnhalle Berlin am 25. Juni.

Lassen wir nun kurz den Anlaß zu dieser Versammlung Revue passieren und verfolgen den Verlauf derselben, um zu zeigen, inwieweit Borgefagtes richtig ist.

„Die Ereignisse der letzten Wochen in den drei großen Zeitungsbetrieben Scherl, Rosse und Ulstein u. Co.“ lautete die Tagesordnung, zu der die mittelfür Handzettel eingeladenen Mitglieder der Berliner Bahnhalle zur außerordentlichen Versammlung in die Prachtäle Nord-West zusammenberufen wurden. Bei dem riesigen Aufsehen, das dieser Zeitungskonflikt weit über unsere Berufskreise hinaus erregte, war es außerordentlich verwunderlich, daß von den 5000 Berliner organisierten Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen nur etwas über tausend anwesend waren. Immerhin eine Zahl, die den Saal füllte, aber zu 90 Prozent sich aus den Arbeitern der Betriebe zusammensetzte, die an dem Zeitungskonflikt unmittelbar beteiligt waren. Die weiblichen Mitglieder Berlins waren nur in verschwindend kleiner Anzahl in dieser Versammlung vertreten. Es ist dieses notwendig zu konstatieren, damit man auch in anderen Kollegentreifen weiß, wer es war, der der Gauleiterkonferenz und dem Zentralvorstand, wie es in der in dieser Versammlung zur Annahme gelangten Resolution hieß, das schärfste Mißtrauen der Berliner Verbandsmitglieder aussprach.

Also die für Mittag 12 1/2 Uhr angesetzte Versammlung wurde glücklich um 1/2 2 Uhr vom Ortsvorsitzenden, Kollegen Moritz, eröffnet, der die bereits aus der Tagespresse und unserer Kollegenschaft auch aus der Nr. 25 der „Solidarität“ bekannten Vorkommnisse in den bereits oben genannten Betrieben schilderte. Nun, dagegen hätte jedenfalls niemand etwas einzuwenden, aber wenn es irgendwo zutrifft, daß der Ton die Musik macht, so war dieses hier bei den Ausführungen des Vorsitzenden der Fall. Er, der selbst mit an der Spitze steht, den verantwortungsvollen Posten eines Leiters der Organisation nur zu gut aus der Praxis kennt, der selbst am eigenen Leibe schon erfahren mußte, wie schnell eine aufgeregte Masse mit ihrem Urteil fertig ist, er konnte keine Erklärung den Mitgliedern geben, warum der Zentralvorstand und auch die Gauleiterkonferenz, die Vertretung der gesamten organisierten Hilfsarbeitererschaft, so und nicht anders handeln konnte. Unschmeichelt wurde das falsch angewandte Solidaritätsgefühl der bei dem Zeitungskonflikt beteiligten Hilfsarbeiter und diesen Leuten von dieser Stelle aus zu Munde geredet, daß sie gar keine andere Ansicht haben konnten, als die, daß sie vollständig richtig gehandelt hätten. Ein sehr billiges Vergnügen, aber von einem Vorsitzenden nur zu begreifen, wenn man annimmt, daß er das schon öfter an den Gefrierpunkt angelangte Vertrauen seiner Mitglieder auf diese Weise wieder in Siedehitze bringt, oder vielleicht auf etwas längere Zeit, als wie das bisher der Fall war, sich erhalten wollte. Und er hatte wirklich nicht falsch spekuliert, die nicht über die Raufschuppe hinaus sehen

fönnende Versammlung spendete frenetischen Beifall. Die Geister waren gerufen und die Versammlung wurde sie nicht mehr los. Das war keine ruhig denkende, keine ruhig erwägende, keine ruhig prüfende Versammlung mehr, das war die rasende See, die ihr Opfer haben wollte und dieses Opfer auch in der Unpöbelung des Zentralvorstandes und der Gauleiterkonferenz, des „Frobingparlamentes“, wie man sich ausdrückte, glaubte gefunden zu haben. Jeder Redner, mochte er noch so aus dem Rahmen der Tagesordnung sprechen, erntete stürmischen Beifall, wenn er es nur fertig brachte, einen Fieb der Gauleiterkonferenz oder den einzelnen Personen des Zentralvorstandes zu versehen. Als aber die Hauptvorsitzende den Standpunkt, den die beiden so sehr angegriffenen Verbandsinstitutionen einnehmen mußten, präzisierte, da glaubte man unter die Wilden geraten zu sein und bei den folgenden Rednern folgten bei den einzelnen Ausführungen tumultuarische Szenen, die jeder Beschreibung einfach spotten und selbst den Vorsitzenden veranlaßten zu erklären, daß er den Vorsitz in dieser Versammlung nicht weiter führe, wenn die Anwesenden sich nicht etwas bessern könnten. Ja, wer die Arbeiterschaft des Lokal-Anzeigers in der Versammlung am 19. Juni sah, wie es allen Gauleitern möglich war zu sein, als es sich wieder um Aufnahme der Arbeit handelte und von der Ortsverwaltung niemand anwesend war, den konnte wahrhaftig dieses Auftreten in der Versammlung am 25. Juni nicht mehr imponieren. Denn in der ersten Versammlung war wahrhaftig das Kräftegefühl nicht zu sehen, das man nun unter veränderten Verhältnissen zur Schau trug. Und ich als Teilnehmer dieser beiden Versammlungen wie auch der Gauleiterkonferenz spreche dieser Versammlung, die in eigener Sache von nur an der Sache Beteiligten Recht spricht, die Befugnis ab, den Verbandsinstitutionen ein Mißtrauensvotum auszustellen. Es ist geradezu bedauerlich, daß man, ohne die Beweggründe der Gauleiter zu kennen, die zur Annahme der Resolution führten, die eigene begangene Dummheit damit aus der Welt schaffen will, daß man gegen dieselben ein Mißtrauensvotum in die Welt ergehen läßt. Eine Instanz, die die Interessen des Zentralverbandes zu wahren und zu vertreten hat, kann nie und nimmer lokalen Eigenbrödeln, die unter allen Umständen eine schwere Schädigung unserer gesamten Kollegenchaft im Gefolge haben kann, ihre Zustimmung geben und würden die einzelnen Gauleiter wirklich einmal anders handeln, so würden sie geradezu ein Verbrechen an denen begehen, die ihnen das Vertrauen schenken.

Wir erwarten von der übrigen deutschen Kollegenchaft, daß sie das ihren Gauleitern bisher geschenkte Vertrauen auch in Zukunft bewahren wird und das Mißtrauensvotum der Versammlung der Berliner Kollegenchaft vom 25. Juni als das einschlägt, was es in Wirklichkeit ist, nämlich das Produkt einer selbstherrlichen, die Interessen der übrigen Kollegenchaft mißachtenden Hilfsarbeiterschaft aus drei Betrieben Berlins.

A. Sch., München.

## Die Arbeitersekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1910.

Die Trutzwehren des Rechts, die Rechtsschutzeinrichtungen der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands sind auch im Jahre 1910 allen an sie gehegten Erwartungen gerecht geworden. Begründet und unterhalten von den mit dem Laufe der Jahre zu einer festen Einheit zusammengegangenen Organisationen der Arbeiter, unterstützt und getragen von dem Vertrauen weiter Volkskreise, von den Arbeitern an bis weit in die Kreise des Kleinbürgertums hinein, haben die Rechtsschutzeinrichtungen der organisierten Arbeiterschaft, insbesondere aber die Arbeitersekretariate, einen Entwicklungsgang genommen, dem sich an Gleichmäßigkeit und Festigkeit nichts auf diesem Gebiete an die Seite stellen läßt.

Wohl sind hier und dort Einrichtungen, die gegründet waren, wieder eingegangen. Entweder waren es solche, die gegründet werden konnten, weil am Ort vorhandene Einrichtungen eine

Rechtsauskunftsverteilung im Nebenamt ermöglichen, oder solche, die gegründet worden waren, ohne die eigene Kraft vorher genügend geprüft zu haben. Die große Zahl aber der seit langem bestehenden Sekretariate und deren Tätigkeit zeigt uns das Bild im einzelnen, das wir in der Arbeiterbewegung im ganzen wiederfinden.

Der vorjährige Bericht berichtete über 112 Sekretariate; von diesen waren das 1908 eingerichtete Rechtsauskunftsbureau des Bergarbeiterverbandes Borna noch vor Schluß des Jahres 1909 eingegangen, ebenso hatte das 1905 gegründete Sekretariat Wunfiedel am 1. Oktober 1909 seine Tätigkeit eingestellt, sodaß das Jahr 1909 mit 110 Sekretariaten abschloß.

Neu errichtet wurden im Jahre 1910 die Sekretariate Halberstadt, Helbra, Hensburg, Iphoe und Lünen a. d. L., Helbra und Lünen a. d. L. sind Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes. Diese gewähren jedoch auch den Mitgliedern anderer Verbände, nicht nur den Mitgliedern des Bergarbeiterverbandes, Auskunft. Von den im Jahre 1909 neu gegründeten Sekretariaten hat sich das Sekretariat Neuß nicht als existenzfähig erwiesen, es ging 1910 wieder ein, hat auch nicht berichtet. Das Bureau in Siegen kann infolge umfangreicher agitatorischer Tätigkeit des dortigen Auskunfterteilers nicht mehr in dem früheren Umfange für die Rechtsauskunft tätig sein, Siegen scheidet daher aus der Reihe der Sekretariate aus und ist nur noch in dem Umfange einer Auskunftsstelle tätig. Aufzeichnungen über die Frequenz sind im letzten Jahre aus Zeitmangel nicht erfolgt. Nicht berichtet hat auch das Rechtsauskunftsbureau des Bergarbeiterverbandes in Zwidau.

Von den berichtenden 112 Sekretariaten geben 79 allen Personen, die sich an das Sekretariat wenden, unentgeltliche Auskunft, 66 von diesen Sekretariaten gewähren ferner unentgeltliche Rechtshilfe allen Personen ohne Ausnahme, ob organisiert oder nicht organisiert, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber oder sonst welcher sozialen Stellung angehörig. 14 Sekretariate erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe nur den gewerkschaftlich organisierten oder nicht organisationsfähigen Personen, 8 weitere Sekretariate erteilen neben solchen auch den nur politisch organisierten Personen Auskunft und gewähren diesen Rechtshilfe. 11 Sekretariate beschränken die Auskunftserteilung und Rechtshilfegewährung an gewerkschaftlich oder politisch organisierte und deren nichtorganisationsfähige Angehörige. In einigen Sekretariaten wird von den angeführten Regeln in Ausnahmefällen abgewichen. Allen Organisierten ohne Unterschied erteilen 96 Sekretariate Auskunft und gewähren diesen Rechtshilfe, drei von diesen Sekretariaten versehen hierunter nur die Mitglieder der freien Verbände. 15 Sekretariate erteilen Auskunft und gewähren Rechtshilfe nur den Mitgliedern der dem Sekretariat angeschlossenen Organisationen.

Die Zahl der Sekretariate, welche persönliche Vertretungen übernommen haben, ist wiederum gestiegen: sie beträgt jetzt 94 gegen 85 im Jahre 1909. Sieben Sekretariate können diese äußerst wichtige Tätigkeit eines Arbeitersekretariats nur in Ausnahmefällen übernehmen. Das Rechtsschutzbureau des Bergarbeiterverbandes in Aachen berichtet, daß es nicht zugelassen wird.

Die Vermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht gehörte im Berichtsjahre zu den Obliegenheiten von 102 Sekretariaten. Statistil wird von 75 Sekretariaten betrieben. Gewerkschaftliche Tätigkeit, also Agitation für die Gewerkschaften, Einberufung von Versammlungen, Leitung und Verwaltung kleiner Zahlstellen, Leitung des Kartells am Ort und ähnliche gewerkschaftliche Arbeiten haben 79 Sekretariate zu erledigen.

Ueber die Art der Aufbringung der Mittel kann das im Vorjahre Gesagte wiederholt werden. Die Zahl derjenigen Orte, an welchen das Sekretariat durch besondere Beiträge der Mitglieder unterhalten wird, wird immer geringer. Die Organisationen sind nach und nach immer mehr die Träger der Sekretariate geworden. Zahlten noch 1908 an 35, 1909 an 31 Orten die Mitglieder besondere Beiträge für das Sekretariat, so war dies 1910 nur noch an 25 Orten der Fall. Ausschließlich oder doch hauptsächlich aus Mitteln der

Kartellkasse oder durch Beiträge der beteiligten Organisationen wurden 72 Sekretariate unterhalten. 12 Sekretariate unterhielt der Bergarbeiterverband. Zu einem der letzteren, Waldenburg i. Schl., steuernte das dortige Kartell ein Drittel der Kosten. Zwei Sekretariate werden vollständig von der Generalkommission unterhalten, zu zwei weiteren Sekretariaten zählt die Generalkommission einen Zuschuß. Das Sekretariat Coburg wird aus Staats- und Gemeindegeldern unterhalten. Einen Zuschuß aus Staats- und Gemeindegeldern erhält das Sekretariat in Bant. Bestimmte Zuwendungen erhielten von den Parteiorganisationen 41, aus sonstigen Arbeiterunternehmungen sechs Sekretariate.

Die Frequenz der Arbeitersekretariate weist wie in allen, so auch in diesem Jahre eine erhebliche Steigerung auf. Die Gesamtzahl der Auskunftsuchenden stieg von 543 304 auf 579 085. Die Steigerung beträgt 35 771 gleich 6,58 Prozent. 545 451 oder 94,19 Prozent von den Auskunftsuchenden waren Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen. 28 631 Personen waren sonstige Personen, also Arbeitgeber, selbständige Gewerbetreibende, selbständige Handwerker oder sonst unter dem Sammelbegriff „Sonstige Personen“ zusammengefaßte Auskunftsuchende. In 2221 Fällen wandten sich Behörden, Vereine und sonstige Korporationen an die Sekretariate. Am Sitz der Sekretariate wohnten von allen 420 528 Personen, 149 887 kamen aus anderen Orten. Gewerkschaftlich organisiert waren von allen Auskunftsuchenden Personen 409 070. Das sind 70,9 Proz. der Gesamtheit.

Die Zahl der erteilten Auskünfte hat im Jahre 1910 das sechste Hunderttausend überschritten; sie betrug 610 897, stieg also um 41 651 gleich 7,32 Prozent. Von den Auskünften wurden 540 474 mündlich, 35 379 schriftlich erteilt werden. 141 083 Schriftsätze wurden angefertigt.

In den zehn Jahren, in welchen nunmehr statistische Aufzeichnungen der Arbeitersekretariate veröffentlicht werden, wandten sich in 3 469 892 Fällen Auskunftsuchende an die Arbeitersekretariate, 3 626 951 Auskünfte bezw. Rechtshilfen wurden in diesem Zeitraume geleistet. Diese Zahlen sollten sich jene merken, die noch heute von einer unproduktiven Arbeiterbewegung reden. Ganz abgesehen von den ideellen Erfolgen reden diese Zahlen von gewaltigen Summen, von ungeheuren materiellen Erfolgen, welche der Arbeiterklasse und jenen Kreisen, welche sich wirtschaftlich der Arbeiterschaft angliedern, zugeführt werden konnten. Von Einrichtungen, welche das ureigenste Wert der organisierten Arbeiterklasse selbst sind.

Die persönlichen Vertretungen, welche in den Einzelfällen einen erheblich größeren Teil von Zeitaufwand erfordern als die Auskunftserteilung, weisen wiederum gegen das Vorjahr eine Steigerung auf, und zwar um 682 oder 13,24 Proz., sie erreichten die Zahl von 5380. Termine wurden von 92 Sekretariaten 6759 wahrgenommen, 570 mehr als im Vorjahr.

Ueber Einnahmen und Ausgaben haben 100 Sekretariate berichtet. Die Gesamteinnahme betrug 523 176 M., 38 860 M. mehr als im Vorjahre. Die Gesamtausgabe stieg weniger stark, nur um 10 111 M., und zwar von 452 037 auf 462 148 M. Aus den Kassen der Gewerkschaftskartelle gingen den Sekretariaten zu 172 881 M., aus Beiträgen der beteiligten Organisationen 184 546 M. An laufenden Beiträgen der Mitglieder gingen ein 107 086 M. Die weiteren Einnahmen waren zum erheblichen Teil Zuwendungen, und zwar zahlte die Generalkommission im Jahre 1910 an einmaligen und laufenden Zuschüssen an die Sekretariate 14 512 M. Von den Parteiorganisationen erhielten die Sekretariate 13 354 M., von sonstigen Arbeiterunternehmungen wurden ihnen 1672 M. im Berichtsjahre zugeführt. 3500 M. erhielten die Sekretariate Bant und Coburg aus Staats- und Gemeindegeldern.

Die Zahl der Auskunftstellen ist im Jahre 1910 wiederum und zwar um 31 gestiegen, sie betrug am Jahreschluß 203. Die von den Auskunftstellen erteilten Auskünfte stiegen um 6120 gleich 15,2 Proz., von 40 226 auf 46 346. 173 Auskunftstellen erteilten unentgeltlich Auskunft an

alle Auskunftsfindenden, 30 nur an Gewerkschaftsmitgliedern. In drei von letzteren Orten wurde auch Parteimitgliedern unentgeltlich Auskunft erteilt, in einem weiteren Orte neben diesen auch den Nichtorganisationsfähigen. Neben der mündlichen erteilten 174 Auskunftsstellen auch schriftliche Auskünfte. Zum erstenmal in diesem Jahre wurde eine Befragung nach angefertigten Schriftsätzen und persönlichen Vertretungen vorgenommen. Diese Befragung ergab eine überraschende Fülle von geleisteter Tätigkeit auf diesen Gebieten. Nicht weniger als 14 225 Schriftsätze waren von 140 Auskunftsstellen angefertigt worden, 831 persönliche Vertretungen waren von 89 Auskunftsstellen wahrgenommen worden.

Die Auskunftserteilung und Rechtshilfsgewährung der Sekretariate und Auskunftsstellen zusammen hat sich in den letzten sechs Jahren mehr als verdoppelt. Die Zahl der erteilten Auskünfte und gewährten Rechtshilfen betrug seit dem Jahre 1905, seit welchem für beide Einrichtungen Zahlen vorliegen: 1905: 315 946, 1906: 404 428, 1907: 461 485, 1908: 551 657, 1909: 609 472, 1910: 657 243. Die Zunahme betrug im letzten Jahre 47 771. Die Zahl der Orte, an welchen Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft für die Rechtshilfsgewährung bestanden, stieg von 224 im Jahre 1909 auf 315. Schriftsätze wurden von den Sekretariaten und Auskunftsstellen zusammen 155 308 angefertigt; 6661 persönliche Vertretungen wurden wahrgenommen.

Diese Zahlen tragen die Gewähr in sich, daß nichts mehr in der Lage sein wird, den weiteren Entwicklungsgang der freien Rechtshilfseinrichtungen zu behindern, sie in ihrer allgemeinnützigen Wirksamkeit zu beeinträchtigen.

Von den gegnerischen Einrichtungen liegen für das Jahr 1910 bis jetzt nur solche der Rechtshilfseinrichtungen der Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine vor. Es bestanden 58 Einrichtungen, darunter sind auch solche gezählt, die von einzelnen Verbänden errichtet sind und nur an die eigenen Mitglieder Auskunft erteilen. Berichtet haben 47 über 41 026 Auskünfte und Rechtshilfen, 9166 angefertigte Schriftsätze und 1190 wahrgenommene persönliche Vertretungen. Nach einer im Berichtsjahre vom Kaiser. Statistischen Amt vorgenommenen Aufnahme bestanden 1909 außer den genannten 101 gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen, 28 Einrichtungen gemeinnütziger Vereinigungen zur Erteilung von Rechtsauskunft, 79 Rechtsauskunfts- und Schutzstellen für Frauen, 11 Auskunftsstellen sonstiger Arbeitervereinigungen. Unter letzteren sind die Auskunftsstellen des christlichen Bergarbeiterverbandes, des gelben Arbeiterbundes Berlin mit 249 erteilten Auskünften, des Bundes vaterländischer Arbeitervereine Muskau O.-L. und der polnischen Berufsvereinigung gezählt. Rechtsauskunftsstellen, von Arbeitgebern eingerichtet und unterhalten, haben fünf berichtet, evangelische Volksbureaus 14, katholische Arbeitersekretariate und Volksbureaus 117. Es berichteten an das Statistische Amt dann noch 11 Einrichtungen von politischen Vereinigungen, darunter fünf vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie errichtet und unterhalten. Die allgemeine „Wertschätzung“, welche letztere Körperchaft im öffentlichen Leben genießt, dürfte einen Kommentar zu diesen Einrichtungen überflüssig machen.

Neben hohen materiellen Unterstützungen durch Zuschüsse von Staat, Gemeinde, Landesversicherungsanstalt, von Handwerks- und anderen Stämmen, Kaufmannschaften und Bergwerksgesellschaften und freier Ueberlassung von Räumen, wurden eine Anzahl Rechtsauskunftsstellen durch Beschaffung geeigneter Personen für die Materie, wie Gerichtsassessoren und Referendare, die, ohne Entschädigung zu erhalten, dort arbeiten, auf das Weiterbestehen unterstützt.

Eine Fürsorge, über die allzu sehr sich zu beklagen die Rechtshilfseinrichtungen der Verbände bisher keine Ursache hatten.

## Korrespondenzen.

**Halle a. S.** Die am 17. Juni stattgefundene Monatsversammlung hatte sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen, ein Zeichen, daß auch die Hilfsarbeiterschaft im graphischen Gewerbe in Halle sich voll und ganz beruht ist, daß die kommenden schwierigeren Zeiten nur mit Hilfe einer straffen Organisation zu überwinden sind. Kollege Müller gab den stellvertretenden Bericht. Unter Verbandsangelegenheiten schilderte der Vorsitzende die Verhandlungen mit der Firma Barneke, welche zu gunsten unserer Kollegenchaft beigelegt worden sind, denn dieselben erreichten nicht nur Bezahlung der Ueberstunden, sondern auch die der Feiertage. Das Verhalten der dortigen Kollegen und Kolleginnen war ein musterhaftes. Redner gab noch den Bericht des Schiedsgerichts, durch dessen Spruch die Wiedereinstellung zweier Kolleginnen bei einer Firma erzwungen wurde. Hierauf gab Kollege Hilbert die Abrechnung vom letzten Ausflug, welche ein Defizit von 15,— M. aufzuweisen hatte. Genosse Gnoth vom Steindruckerverband ersuchte die Anwesenden, sich recht zahlreich an ihrem am 30. Juli stattfindenden Sommerfest zu beteiligen. Zum beabsichtigten Bau eines Gewerkschaftsbaus stellte Kollege Stolle den Antrag, diesem Projekt im Prinzip zuzustimmen, sich jedoch finanziell nicht zu engagieren. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, da wir schon öfter Scherereien mit unserem Versammlungslokal gehabt haben, unsere nächste Mitgliederversammlung in einem Restaurant in der Breiten Straße abzuhalten. Zum Schluß ergriff Kollege Stolle das Wort, um den herannahenden Monatsfesttag in Erinnerung zu bringen. Er schilderte eingehend die traurigen Verhältnisse der Blumenarbeiterinnen, die erbärmlichen Löhne, die gerade diesen Arbeiterinnen gezahlt werden und ermahnte die Kollegenchaft, sich keinesfalls an dieser unzumutbaren Massenbettelei zu beteiligen. Nach Aufnahme einiger neuer Mitglieder wurde die Versammlung geschlossen.

**Verichtigung.** In der Nummer 22 der „Solidarität“ hatten wir über das Verhalten der Waifenhausdruckerei Kritik geübt. Nach Rücksprache der Verwaltung mit dem Firmeninhaber war dies unberechtigt geschehen, da in den angeführten Fällen die betreffenden Kolleginnen selbst Schuld an den Vorkommnissen hatten. (Durch diese Erklärung ist auch die Schlussbemerkung der Redaktion, welche an den fraglichen Bericht angefügt war, gegenstandslos geworden. Die Redaktion.)

**Magdeburg.** Am 21. Juni tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Gerade die Kollegen, die sich am meisten darüber aufregten, daß die Versammlungen Sonntags stattfinden, glänzten an diesem Wochentage durch allgemeine Abwesenheit. Man sollte es nicht glauben, daß von 180 gebuchten Mitgliedern sage und schreibe es gerade 20 Mann der Mühe für Wert gefunden haben, zu erscheinen. Glauben die Kollegen und Kolleginnen vielleicht, daß es mit dem Beitragszahlen erledigt ist, Verbandsmitglied zu heißen, dann irren sich die Betreffenden ganz gewaltig. Die erste und heiligste Pflicht eines jeden ist vor allem der Versammlungszuspruch. Denn hier soll ja doch eine Aussprache stattfinden über alles, was die Kollegen bedrückt und beunruhigt. Daher veräume keiner die Versammlungen; ein jeder muß dafür sorgen, daß diese besucht werden, ein jeder hat danach hinzusehen, daß jeder einzelne anwesend ist. — Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen, die der Vorsitzende gab, ergriff zu seinem Vortrage der Referent Genosse Winger das Wort. Redner versuchte an der Hand eines reichlichen und guten Materials die Anwesenden mit der Erklärung und den Einrichtungen der Konsum-Vereinigung bekannt zu machen. Von der Gründung des ersten englischen Vereins ausgehend, ging er über auf die jetzt bestehenden deutschen Vereine; schilderte ihre Einrichtungen und Selbstverhältnisse und forderte dann die Anwesenden zu recht regem Beitritt zu diesen Vereinen auf. Unter „Verschiedenem“ kamen wieder einige Mißstände zur Sprache. Es gelangte dann noch ein Antrag zur Annahme, der den jeweiligen zweiten Stasifierer verpflichtet, die Hauskassengeschäfte des ersten Stasifierers zu erledigen.

## Rundschau.

Der Arbeitsmarkt im Monate Mai 1911. (Nach dem Reichsarbeitsblatt, Nr. 6.) Nach den Berichten aus der Industrie hat sich die Lage auf

dem Arbeitsmarkt im Mai im großen und ganzen gegen den Vormonat weiter gehoben. Besonders im Baugewerbe hielt infolge der guten Witterung die im vorigen Monate begonnene Besserung des Beschäftigungsgrads in den meisten Teilen Deutschlands an.

Auf dem Ruhrkohlenmarkt ist gegenüber dem Vormonat eine kleine Abschwächung eingetreten. Im Saarrevier konnten größere Mengen Kohlen im Bergwerke zum Vormonat gefördert und abgesetzt werden. Die ober- und niederbergischen Kohlenwerke klagten über Mangel an Absatz. In der Braunkohlenindustrie war der Geschäftsgang im allgemeinen befriedigend. Gut war die Beschäftigung in der Metall- und Maschinenindustrie, in der elektrischen, chemischen Industrie, im Flechtgewerbe wie auch im Schiffbau- und Expeditionsgewerbe. Dagegen wird in der Textilindustrie, hauptsächlich von den Baumwollspinnern und -Webern noch immer über ungenügenden Geschäftsgang und vielfach über gedrückte Preise geklagt. Unbefriedigend war größtenteils die Lage in der Tafelglas-, Katt- und Papierindustrie, dagegen hatte die Holzindustrie durchschnittlich befriedigenden Geschäftsgang.

Auch die Arbeitslosenfiguren der Fachverbände lassen auf eine Besserung gegenüber dem Vormonat und Vorjahre schließen. Von den 1 890 651 Mitgliedern der 47 Fachverbände, die im Mai berichtet haben, waren 1,6 v. H. arbeitslos gegen 20 v. H. in demselben Monat des Vorjahres und 1,80 v. H. im April d. J. bei Gegenüberstellung der gleichen Verbände.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat sich der Beschäftigungsgrad im Mai weiter bedeutend gehoben. Es ergab sich am 1. Juni 1911 gegenüber dem 1. Mai eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der erwerbsunfähig krank Gemeldeten von insgesamt 89 711 (71 411 männlichen und 18 300 weiblichen) Mitgliedern. Gegenüber dem 1. Januar ist der Beschäftigungsgrad der männlichen Personen von 100 auf 109, der der weiblichen von 100 auf 104 gestiegen.

Bei den hier allein berücksichtigten Arbeitsnachweisen, von denen vollständige Angaben vorliegen, kommen bei der Gesamtzahl im Berichtsmonte auf je 100 offene Stellen bei männlichen Personen 144 gegen 133 im gleichen Monate des Vorjahres und 143 im Vormonate. Es wäre daraus auf eine Besserung gegen den Berichtsmonte des Vorjahres zu schließen sein, während gegen den Vormonat der Anbruch der Arbeitssuchenden etwa auf gleicher Höhe geblieben ist.

Für weibliche Personen kommen bei den festgestellten Gesamtzahlen auf je 100 offene Stellen im Berichtsmonte 82 Arbeitssuchende, während die entsprechenden Zahlen 79 im Vormonate und 91 im Mai 1910 ergeben.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt war die Lage im Vergleich zum Vormonate nicht ungünstig. Auch gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahre kann von einer Besserung gesprochen werden.

In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg wird die Lage des Arbeitsmarktes allseitig als günstig bezeichnet.

In Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck bietet der Arbeitsmarkt das gleiche Bild des Vormonats. In fast allen Zweigen des Geschäftslebens geht der Geschäftsgang weiter in die Höhe.

Die Berichte aus Bayern, Württemberg und Baden bezeichnen die Lage des Arbeitsmarktes fast durchweg als günstig und stellen einen nicht unbedeutenden Aufschwung gegenüber dem Vormonate fest.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betragen im Mai 152 979 044 M., das sind 20 243 404 M. mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Dieses bedeutet eine Mehrerlöse von 352 M. oder 13,68 v. H. auf 1 Kilometer.

## Eingegangene Druckschriften.

Im Verlag von J. S. W. Dieb Nachf. in Stuttgart wird im Oktober dieses Jahres infolge des Infrastrukturs der Reichsversicherungs-Ordnung eine völlige Neubearbeitung des Arbeiter-Rechts von Artur Stadthagen erscheinen.

Dieses Werk wird ein zuverlässiger Führer und Ratgeber auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung nach der Reichsversicherungsordnung sein und sich seinen guten Ruf auch in der neuen Ausgabe erhalten.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 27.

Berlin, den 8. Juli 1911

17. Jahrgang.

## Die Zahlstelle Berlin im Jahre 1910.

Die größte Zahlstelle unseres Verbandes nimmt eigentlich nicht den nach ihrer Bedeutung ihr zustehenden Raum in der Öffentlichkeit ein. Eine genaue Kenntnis ihrer Einrichtungen, die für die Mitglieder der Gesamtorganisation nicht nur interessant, sondern auch für viele Zahlstellen in der Provinz vorbildlich sein dürften, hat daher die Allgemeinheit nicht. Das liegt zum Teil an dem Charakter dieses Mitgliederkreises, der ein in sich abgeschlossenes Ganzes bildet, beruht aber auch wesentlich auf dem Umstande, daß örtliche Verhältnisse, eigenartige Vorkommnisse, wie überhaupt Dinge rein lokaler Natur das Interesse für die Verbandssphäre außerhalb Groß-Berlins mehr zurücktreten lassen.

Das verfloßene Kalenderjahr, das mit dem zweiten Geschäftsjahre der nunmehr vereinigten drei Berliner Zahlstellen zusammenfällt, stand nach dem herausgegebenen Berichte der Ortsverwaltung in seiner ersten Hälfte noch unter den Nachwehen der Krise, die im Jahre 1909 eine Ausgabe von rund 42 000 M. für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nötig machte. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung hat sich im Berichtsjahre um zirka 5500 M. verringert, sie betrug 22 845,70 M. gegen 28 279,50 M. im Vorjahre. Die Zahl der Erkrankten ist jedoch noch gestiegen, so daß beinahe 1000 M. mehr (14 570,80 M.) als im Jahre 1909 (13 621,30 M.) zur Auszahlung kamen. Das sind ganz stattliche Summen, die ein bereites Zeugnis geben von der Selbsthilfe der Arbeiterschaft.

Daß die Berliner Kollegenschaft in ihrer starken Organisation — sie ist jetzt auf 5079 Mitglieder angewachsen — eine feste Stütze hat, beweisen die Lohnkämpfe, die hauptsächlich im Steinrudgewerbe ausgefochten wurden. Sie wurden bis auf einen alle mit Erfolg durchgeführt, trotzdem der so „gefürchtete“ Schutzverband sich verschiedentlich ins Mittel legte. Dem Personal in den Steinrudbetrieben müssen diese Resultate ganz besonders vor Augen geführt werden. Viele haben hier die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zur Verbesserung und Sicherstellung ihrer wirtschaftlichen Lage noch nicht eingesehen, das beweist die große Fluktuation unter den Mitgliedern in Steinrudereien. Hier wird die Ortsverwaltung wohl für die Folge eine kräftige und planvolle Agitation durchführen müssen.

Die Streitigkeiten im Buchrudgewerbe wurden zumeist von den tariflichen Instanzen entschieden. Die Entscheide wurden nicht immer mit Anerkennung aufgenommen, wenn auch ein Grund zur Unzufriedenheit gegen bestimmte in den Instanzen tätige Personen nicht vorlag. Jedoch mußte die Organisation nicht selten auch im Buchrudgewerbe eingreifen, um Schwierigkeiten zu beseitigen, besonders in einer der größten Druckereien, die Verhandlungen fast in jeder Woche nötig machte.

Die Verwaltung der Zahlstelle liegt in den Händen des Vorstandes, der jetzt aus zwölf Personen — sieben Kollegen und fünf Kolleginnen — besteht; vier von ihnen sind angestellt. Die überaus schwierige Arbeit, die mit dem verantwortungsvollen Posten eines Vorstandsmitgliedes verknüpft ist, stellt die höchsten Anforderungen an die Arbeitskraft und die Fähigkeiten des Einzelnen. Vorstands-, Kommissions- und gemeinsame Sitzungen mit Vorständen anderer Gewerkschaften gibt der Bericht 58 an. Dazu kommen aber eine große Anzahl von Druckereibesprechungen, die eine Gegenwart von Vorstandsvertretern bedingen. Man kann annehmen, daß fast täglich Versammlungen stattfinden, an denen Vorstandsvertreter

teilnehmen müssen. Welche Anforderungen an die Kassierer gestellt werden, zeigt der Umsatz von 355 831,62 M., der gegen das Vorjahr fast um ein Sechstel gestiegen ist (306 980,14 M.). Zu den Unterstützungszweigen des Verbandes kommt in Berlin noch die Sterbenunterstützung, ferner ein Lokalausschlag, der die Differenz der nach der vom Verbandsvorstand herausgegebenen und in Bremen anerkannten Umrechnungstabelle zu zahlenden und in Berlin wirklich geleisteten Unterstützung ausmacht; auch die Weihnachtunterstützung für arbeitslose Mitglieder ist auf die Ortskasse mit übernommen worden. Als Ausgleich zahlt jedes Mitglied in den vier höchsten Beitragsklassen pro Woche 10 Pf. zur Deckung der Verwaltungskosten.

Die Publikationen der Ortsverwaltung erfolgen im „Mitteilungsblatt“, dessen Druckkosten sich auf 1585,80 M. belaufen. Das Organ enthält nicht nur Mitteilungen, sondern in ihm werden auch Angelegenheiten, die von lokalem Interesse sind, besprochen, allerdings nicht in völlig ausreichendem Maße; durch Fortfall mancher nicht unbedingt wichtigen Bekanntgaben, wie die über Krank- und Gesundmeldungen, durch Vermeidung von Wiederholungen der schon ein- oder zweimal veröffentlichten Mitteilungen des Vorstandes könnte mehr Raum für Artikel hauptsächlich auch belehrenden Inhalts gewonnen werden. Die Expedition des „Mitteilungsblattes“ zusammen mit der „Solidarität“ kostete im Berichtsjahre 1357,52 M.

Aus der Tabelle, die die Einnahmen aus den Beiträgen spezifiziert, ist ersichtlich, daß der größte Teil der Mitglieder in die höchste Beitragsklasse zahlt; 129 451 Beiträge à 60 Pf. sind hier mit 77 670,60 M. verrechnet, während 95 462 Beiträge der anderen vier Klassen nur 43 726,45 M. erbringen. Es sind abgerechnet 68 939 Beiträge à 50 Pf. mit 34 469,50 M., 10 734 Beiträge à 40 Pf. mit 4293,60 M., 12 037 Beiträge à 35 Pf. mit 4212,95 M. und nur 3752 Beiträge à 20 Pf. mit 750,40 M. Die Gesamteinnahme aus den Beiträgen beziffert sich auf 121 397,05 M., so daß der Durchschnittsbeitrag rund 54 Pf. beträgt.

Bei den Einnahmen aus den Eintrittsgeldern ist es gerade umgekehrt. Hier überwiegen die vier niedrigen Beitragsklassen um ein Bedeutendes. Leider ist aus der Tabelle nicht genau festzustellen, wieviel Mitglieder sich nicht zum erstenmal haben aufnehmen lassen. An Eintrittsgeldern wurden vereinnahmt 871,50 M., zu denen noch 5,40 M. abbüßt werden müssen, eingebracht durch den Uebertritt von Mitgliedern anderer Gewerkschaften.

Der Arbeitsnachweis unserer Berliner Zahlstelle kann nicht nur für viele Provinzorte unseres Verbandes, sondern auch für viele Nachweise anderer Gewerkschaften vorbildlich sein, was die Arbeitsvermittlung im Buchrudgewerbe anlangt. Er funktioniert nicht erst während der Tarifperiode so gut. Schon vorher wurden nur verhältnismäßig sehr wenige Stellen nicht durch den Nachweis vermittelt. Vorbedingung ist auch hier wie bei vielen anderen Einrichtungen in erster Linie eine gute Organisation und nicht zuletzt ein wohlgeziplintiertes Verhalten der Mitglieder. Arbeitslos meldeten sich im Buchrudgewerbe 1884 Mitglieder gegen 1958 im Vorjahre. 1476 gemeldete feste Stellen (1909 nur 1137) und 29 803 Aushilfsstellen (im Jahre 1909 nur 23 511) wurden alle besetzt. Im ersten Halbjahre konnten 554 Mitglieder in feste Arbeit gehen, im zweiten dagegen 922. Nicht ganz so groß war der Unterschied bei den Aushilfsstellen, da wurden im ersten Halbjahr 14 333 und im zweiten 15 470 besetzt. Zu beachten ist hierbei aber noch, daß viele Aushilfsstellen später feste Stellen werden. Hauptsächlich war es feste Arbeit für weibliche Mitglieder, die gemeldet und besetzt wurde (1018 Stellen), männliches Personal besetzte 458 feste

Stellen. Die Aushilfsarbeit wurde dagegen hauptsächlich vom männlichen Personal geleistet (28 639 Stellen), den größten Anteil haben hiervon die Kaiser (22 841 Stellen), die meist nur für eine Nacht bestellt werden.

Nicht so günstig liegen die Verhältnisse beim Steinrudpersonal. Hier konnten von 250 gemeldeten festen und 156 Aushilfsstellen 62 nicht besetzt werden. Die Schuld trifft die weiblichen Mitglieder, die sich nicht streng an die Arbeitsvermittlung vom Nachweis hielten. Der Bericht klagt darüber, daß es der Verwaltung nicht möglich war, weibliche Arbeitskräfte zu erhalten, da Anlegerinnen und Bogenfängerinnen ständig und in großer Zahl verlangt wurden. Demzufolge versuchten die Unternehmer, sich auf anderem Wege Arbeitskräfte zu besorgen. Arbeitslos haben sich im Steinrudgewerbe 340 Mitglieder gemeldet.

Der Bericht der Zahlstelle zeigt im ganzen ein erfreuliches Resultat in ihrer Entwicklung. Nach den Angaben ist das Vermögen der Zahlstelle seit dem Januar 1909 bis zum Schluß 1910, also seit der Zusammenlegung der drei Berliner Zahlstellen, um 8000 M. gewachsen, so daß es jetzt rund 116 800 M. beträgt. Das Kapital wird allerdings getrennt verwaltet. Das Vermögen der früheren Zahlstelle I und das der Zahlstelle II liegt nicht zur Verfügung der jetzigen Verwaltung, die nur mit einem ihr von den beiden Zahlstellen zur Verfügung gestellten Teil wirtschaftet. Es ist aber auch jetzt an der Zeit, das Kapital zusammenzulegen. Irigendwelche Bedenken dagegen bestehen wohl nirgends mehr. Die Schwierigkeiten, die die Vereinigung mit sich brachte, sind überwunden. Die Fusion zeigt jetzt ein günstiges Bild. Das gegenseitige völlige Vertrauen kann unserer guten Sache nur förderlich sein.

Karl Schulze.

## Korrespondenzen.

Bayreuth. Es ist wohl zum ersten Male, daß in den Spalten der „Solidarität“ der Name der bekannten Wagnerstadt erscheint, und wenn es nunmehr zu lesen ist, so nicht etwa, um Lorbeerhymnen über die sozialen Verhältnisse anzustimmen, sondern um die breite Öffentlichkeit über die denkbar traurigen Zustände des Hilfs-personals im Buchrudgewerbe zu unterrichten. Ist es doch nicht selten, daß ein komplettes Hilfs-personal (zirka 20 Personen) nur aus Kindern von 13 bis 16 Jahren besteht und diesen Löhne von 3.— bis 6.— M. bezahlet werden. Der Höchstlohn einer geübten Anlegerin beträgt, mit Ausnahme der in der Parteidruckerei Beschäftigten, 9.— M. Nun sollte man denken, daß unter solchen Verhältnissen der Organisationsgedanke leicht Fuß fassen würde, aber weit gefehlt. Die Hilfsarbeiterinnen, mit wenigen Ausnahmen jeder Solidarität bar, betrachten es unter ihrer Würde, zu einer Zusammenkunft zu erscheinen, in der über ihre Arbeitsbedingungen gesprochen werden sollte. Eine zu diesem Zwecke einberufene allgemeine Versammlung der Buchdrucker und Hilfsarbeiter wieß demzufolge einen sehr spärlichen Besuch der Hilfsarbeiter auf. Frau Weckling aus Nürnberg war als Referentin hierzu gewonnen und erledigte ihre Aufgabe meisterhaft. Von den Buchdruckern sprachen noch die Kollegen Mäler und Steeger im Sinne der Referentin, dabei betonend, daß man auch hier mehr für die Lage der Hilfsarbeiter tun müsse, um sich nicht von anderen Städten beschämen zu lassen. Die Versammlung scheint nun doch die Gemüter etwas aufgeregt zu haben, denn im Laufe der Woche gelang es nun doch, einige Aufnahmen zu machen. — Möge das kleine Häuflein sich des Erstes des Lebens bewußt sein und richtig weiter arbeiten, damit der nächste Bericht ein besseres Bild über die Zustände in Bayreuth bringen kann.

Berlin. Am 21. Juni fand eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Es wurde ein Antrag angenommen, die „Lokalanzeiger“ Angelegenheit am kommenden Sonntag in einer

Verammlung zu verhandeln, deren Tagesordnung nur aus dem einen Punkt: „Die Vorgänge in den drei großen Zeitungsbetrieben“ bestehen soll. Die Ergründung der verstorbenen Kollegen Lant, Rosenberger, Schmude und der Kollegen Stöber geschah in der üblichen Weise. Nach der Verlesung des Protokolls durch den Kollegen Weich nahm Kollegin Thiede das Wort. Sie verwahrte sich gegen die in der vorigen Verammlung ausgesprochenen Beschuldigung, der Verbands-Vorstand hätte auf dem Verbandsstag der Buchdrucker nicht die Interessen der Kollegen vertreten. Auch der Vorwurf, sie habe einer Klage beim Tarifamt durch Stimmhaltung zur Ablehnung verholfen, wurde von der Rednerin als Irrtum erklärt. Ueber das Protokoll entspann sich eine sehr ausgedehnte Debatte, nach welcher das Protokoll angenommen wurde. Moritz berichtete dann, daß die Arbeiten der Kalzerinnen im „Lotalanzeiger“ vielfach von den Buchbindern für sich beansprucht werden. Jetzt ist es gelungen, mit der Buchbinderorganisation eine Vereinbarung zu treffen. Da der Redakteur der „Solidarität“ den Bericht der Verammlung vom 21. Mai wegen taktischer Bedenken zurückwies, dafür aber einen eigenen Bericht mit der Resolution brachte, wurde Beschwerde bei der Redaktions-Kommission eingereicht. Dem Redakteur wurde aufgegeben, den zurückgewiesenen Bericht und auch das Protokoll der Redaktionskommission-Sitzung in der „Soli“ zu veröffentlichen. Das erstere lehnte die Redaktion aus den ursprünglichen Gründen ab. Den Bericht von der Gewerkschaftskommission erstattete Kollege Baumgarten. Hierbei ist hervorzuheben, daß die Buchbinder, als zweitgrößte Organisation der graphischen Gruppe, von ihrem Recht, in diesem Jahre einen Vertreter zu stellen, keinen Gebrauch machten. Es wurde Albrecht von den Buchdruckern wieder gewählt. An Stelle der Kollegin Schmidt wurde Kollege Lobe als stellvertretender Kassierer gewählt. Nach einigen Erläuterungen des Kollegen Baumgarten zum Jahres- und Kassierbericht, der den Mitgliedern gedruckt vorliegt, bestätigte Kollege Altendorf als Obmann der Revisionskommission den Bericht und beantragte, dem Vorstand, Kassierer und der Bibliothekskommission Decharge zu erteilen. Nachdem das einstimmig geschah, wurde die Verammlung geschlossen.

**Breslau.** In der am 25. Juni abgehaltenen allgemeinen Mitgliederversammlung, in welcher der Gauleiter Kollege Franz Behrendt-Königsberg über „Unsere Stellung zum Tarif“ referierte, gab derselbe den zahlreich Versammelten ein ausführliches Bild über die Notwendigkeit von Tarifverträgen, wodurch es der Arbeiterschaft ermöglicht wurde, wenigstens einige Garantien von den Prinzipalen zu erhalten, um nicht der ohnehin fast unerträglichen Willkür des Unternehmertums ausgeliefert zu sein. Denn daß eine Lohnerhöhung platzgreifen muß, dafür wurde in politischer Beziehung durch die Finanzreform, welche 500 Millionen Mark auf die Schultern des deutschen Volkesbürdete und durch welche die Lebensmittelpreise zu einer fast unerschwinglichen Höhe gesteigert wurden, von den bürgerlichen „Volksvertretern“ — pardon „Volksverteidern“ — gesorgt. Und daß bei einer solchen Verteuerung der Lebensmittel eine entsprechende Erhöhung der Löhne eintreten muß, das dürfte wohl den Prinzipalen als etwas Selbstverständliches erscheinen. Daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen, das bewies der Beifall, der ihm gezollt wurde. In der folgenden Diskussion, an der sich zahlreiche Redner in demselben Sinne aussprachen, konnte man lebhaft erkennen, daß es der Mitgliedschaft Breslau nun auch gelingen wird und muß, bessere Verhältnisse herbeizuführen. Die Verammlung sprach der neugewählten Lohn-tarifkommission ihr vollstes Vertrauen aus und erwartet eine Zufriedenstellung aller Kolleginnen und Kollegen. Nachdem sich noch vier Kollegen zur Aufnahme gemeldet, können wir nunmehr einen Bestand von 314 Mitgliedern registrieren. Nach einem Schlusswort des Referenten wurde die imposante Verammlung geschlossen.

**Göthen i. Anhalt.** Am 25. Juni tagte hier eine Verammlung. Als Gäste waren der Vorsitzende der Buchdrucker und der Gewerkschafts-tariff-Vorsitzende anwesend. Kollege Bed aus Magdeburg hatte das Referat übernommen. In kurzen Worten führte er den Ersthörern die Vorteile der Organisation vor Augen, zeigte den Anwesenden den Nutzen derselben und ging zum Schluß auf die Unterstützungseinrichtungen ein. Es sprach dann noch der Vorsitzende der Buchdrucker, welcher besonders für die Freude darüber

aussprach, daß endlich einmal seitens der Hilfsarbeiterchaft Ernst gemacht wird mit einer Organisation. Der Vorsitzende des Gewerkschaftstarells sprach auch seine Befriedigung über die Gründung aus und versprach gleichzeitig, den jungen Verein nach Kräften zu unterstützen. Nachdem noch verschiedene Mißstände besonders sanitärer Art zur Sprache gebracht waren, erklärten die Ersthörner sich mit der Gründung einer Zahlstelle einverstanden. Da aber die Anwesenden der Meinung waren, daß es erst noch einige Mitglieder mehr sein müssen, wurde von der Wahl eines Vorstandes vorläufig abgesehen und nur zwei Vertrauensleute vorgeschlagen, welche bis zur späteren Vorstandswahl die Geschäfte provisorisch führen sollen. — Wir fühlen uns verpflichtet, dem Vorsitzenden der Buchdrucker und den Vorsitzenden des Tarells, als auch den Vertrauensleuten der Buchdrucker, die uns ihre Hilfe haben zuteil werden lassen, für die gehaltenen Bemühungen an diesem Orte unseren besten Dank auszusprechen.

**Stuttgart.** Eine am 27. Juni abgehaltene von über 400 Personen besuchte außerordentliche Mitglieder-Verammlung beschäftigte sich mit der Frage der Kündigung der örtlichen Tarif-Vereinbarungen. Das Referat hielt Kollege Berner. Die jetzt gültigen Lohnvereinbarungen wurden in einer gemeinschaftlichen Sitzung beider Kommissionen am 14. Januar 1907 beschlossen. Die Verhandlungen waren sehr schwierig, da den Prinzipalen sehr gut bekannt war, daß wir noch nicht besonders gut organisiert waren. Trotzdem gelang es unserer Kommission, daß die Mindestlöhne für geübte Anlegerinnen auf 13,50 M. und für Hilfsarbeiter unter 16 Jahren auf 14 M., über 16—17 Jahre 16,50 M. usw. und für Hilfsarbeiter über 20 Jahre auf 21 M. festgesetzt wurden. Diese Quasihöhen bildeten damals eine bedeutende Lohnerhöhung, wenn man sich an die vorherigen Löhne erinnert, die für Anlegerinnen durchschnittlich nur 11—12 M. betragen und Hilfsarbeiter selten mehr wie 18 M. erhielten. Die damalige Behauptung Berners, daß die Löhne nicht immer auf dem Minimallohn stehen bleiben, hat sich ebenfalls richtig erwiesen, wie die neueste Statistik lehrt. Leider muß hier konstatiert werden, daß die Statistik nicht vollständig ist, da sich verschiedene Mitglieder direkt geweigert haben, ihre Fragebogen zu beantworten und andere haben es aus Unkenntnis über die Wichtigkeit unterlassen. Eine einwandfreie Statistik ist die wichtigste Waffe bei den Verhandlungen, darum muß die in den nächsten Wochen wieder zu erhebende Statistik vollständig sein; jeder Kollege und jede Kollegin, ob organisiert oder nicht, muß den Fettel ausfüllen. Die Statistik hat auch gezeigt, daß es hauptsächlich noch die Union und die Verlagsanstalt sind, die noch auf dem Minimallohn beharren, alle anderen Firmen zahlen durchwegs höhere Löhne. Bei diesen Betrieben herrscht aber auch der Mißstand, daß sich die Kolleginnen geradezu darum reißen, dort arbeiten zu können. Deshalb ist auch die dortige Kollegenschaft an ihren schlechteren Löhnen selbst schuld. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die Kolleginnen selbst den Firmen ihre Freundinnen und Verwandten empfehlen, sondern die Firmen sollen in gleichem Maße wie andere Geschäfte ausschließlich auf das städtische Arbeitsamt angewiesen sein. Wenn sich dann zeigen wird, daß sie nur schwer geübte Anlegerinnen bekommen, dann werden auch sie sich dazu verstehen, höhere Löhne zu zahlen, oder vorläufig haben sie es noch nicht nötig. Als Gründe für die Kündigung des Tarifs kann dreierlei angeführt werden: 1. Daß die im Jahre 1907 beschlossenen Mindestlöhne inzwischen von der Wirklichkeit weit überholt sind. 2. Für die Hilfsarbeiter fehlt bis jetzt die Spezialisierung nach ihren Sparten; es ist doch ungerecht, wenn Arbeiter, Notationsarbeiter und Stereotypenarbeiter nicht einen höheren Lohn erhalten wie Saalarbeiter oder sonstige Hilfsarbeiter. In Wirklichkeit ist dies ja der Fall, aber der Unterschied muß tariflich festgelegt sein. Dies war aber 1907 noch nicht möglich, da sich die Kollegen damals um die Organisation noch nicht kümmerten. Der Hauptgrund ist die seit 1906 eingetretene Teuerung der Lebenshaltung, wie die entsprechenden Angaben, die der Referent machte, beweisen. Aus diesen Gründen schlägt die Verwaltung vor, den Tarif zu kündigen mit dem Hinweis, daß wir keine tariflose Zeit wünschen, sondern den Tarif den jetzigen Verhältnissen entsprechend revidieren wollen. Wenn wir aber unsere Wünsche verwirklichen wollen, dann heißt es jetzt arbeiten und agittieren, damit die noch Fernstehenden sich der Organisation anschließen. Die Parole für jedes Mitglied muß lauten: „Vorwärts mit ver-

einten Kräften!“ Hierauf wurde unter Beifall folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am Dienstag, den 27. Juni 1911, im Gewerkschaftshaus tagende sehr gut besuchte Mitglieder-Verammlung der Zahlstelle Stuttgart des Verbandes der Buch- und Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiter Deutschlands ist nach Anhörung des Referats der Ueberzeugung, daß unser gegenwärtiger Lohn-tarif nicht mehr zeitgemäß ist. Die Verammlung beauftragt daher den Vorsitzenden, den Lohn-tarif noch vor Ablauf der zur Kündigung berechtigenden Zeit mit dem Hinweis zu kündigen, daß wir keine tariflose Zeit wünschen, sondern daß wir den Prinzipalverein bis zum 1. September unsere Wünsche unterbreiten werden. Die Verammlung ist sich weiter darin klar, daß nur eine kraftvolle Organisation etwas schaffen kann, es ist daher Pflicht jedes Mitgliedes, fortgesetzt für die weitere Ausbreitung des Verbandes besorgt zu sein.“

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete „Der Konflikt im Berliner Zeitungswesen“, worüber ebenfalls Kollege Berner referierte. Es dürfte sich erübrigen, hier nochmals die Vorgänge bei Scherl zu wiederholen, den Lesern der „Solidarität“ sind sie ja zur Genüge bekannt. Wir müssen hierzu in unabweisbarer Weise Stellung nehmen, weil durch den Konflikt der Fortbestand der Tarifgemeinschaft in Frage gestellt war, und weil außerdem die Berliner Kollegenschaft am Sonntag, den 25. Juni, in einer stürmisch verlaufenen Verammlung in scharfer Weise Stellung genommen hat gegen Hauptvorstand, Gauleiter und gegen die Tarifinstanzen. Für uns ist besonders bemerkenswert, daß die Solidarität der Prinzipale als Tarifbruch nicht bezeichnet werden kann, da die solidarischen Firmen ihre Betriebe einschränkten unter Fortzahlung des Lohnes. Die Solidarität der Hilfsarbeiter war unter allen Umständen hier am falschen Platze, um so mehr, als sie gar nicht verlangt wurde, sondern im Gegenteil die Verwaltung des Buchdruckerverbandes die tarifbrüchige Kollegenschaft aus dem Verbands ausschloß, und einzelne Offizinen sind ja in solchen schwerwiegenden Fällen nicht zuständig über Solidaritätsbezeugung zu entscheiden, sondern einzig und allein die Verwaltung der maßgebenden Organisationen. Der Rutsch ist denn auch mit einer eilantigen Niederlage beendet worden. Besonders deshalb ist das Verhalten der Berliner zu verurteilen, weil wir gerade jetzt in der Bewegung zur Revision des Tarifs stehen. Die Folgen dieses Vorfalls werden in erster Linie die „Provinzler“ zu fühlen bekommen, denen dadurch die Verhandlungen sehr erschwert sind. Der Verbandsstag in Bremen hat in klarer Weise ausgesprochen, daß wir am Tarifgebanten festhalten wollen, deshalb darf auch die Berliner Kollegenschaft nicht irgend welche Seitenbrünge machen. Den Kern des Referats bildete folgende Resolution:

„Die heute am 27. Juni tagende sehr gut besuchte Mitglieder-Verammlung der Zahlstelle Stuttgart nimmt mit Bedauern Kenntnis von den Berliner Vorgängen. Die Unbesonnenheit unserer Kollegenschaft ist der Verammlung um so unbegreiflicher, als die Buchdrucker vielfach in ähnlichen Situationen, wo es sich um uns handelte, kühles Blut bewahrten und ihren Tarif- und den Verbandsinstanzen Folge geleistet haben.“

Da derartige Vorkommnisse nicht dazu angetan sind, unser Tarifverhältnis zu festigen, so betrachtet es die Verammlung als eine schwere Schädigung der gesamten Provinz-Kollegenschaft, denn es steht außer allem Zweifel, daß dies unsere örtlichen Verhandlungen überal sehr erschweren wird.

Die Stellungnahme des Verbands-Vorstandes, der Gauleiterkonferenz und der Redaktion der „Solidarität“ zu diesem Konflikt erkennt die Verammlung als richtig an, und bekräftigt es im Interesse des Tarifsgebanten, daß sich dieselben durch nichts haben beeinflussen lassen, ihren Standpunkt, wie er im Interesse der gesamten Kollegenschaft geboten war, zu vertreten.“

Unter lebhafter Beifallszuwendung wurde auch diese Resolution einstimmig angenommen. Nachdem Kollege Berner noch die Anwesenden ermahnte, in ihrem Interesse für die Tarifbewegung nicht zu erlahmen, sondern stets weiter zu agittieren, damit wir im Spätjahr als eine einzige festgefügte Masse in der Lage sind, allen Eventualitäten Trost zu bieten, erfolgt Schluß dieser imposanten Verammlung.